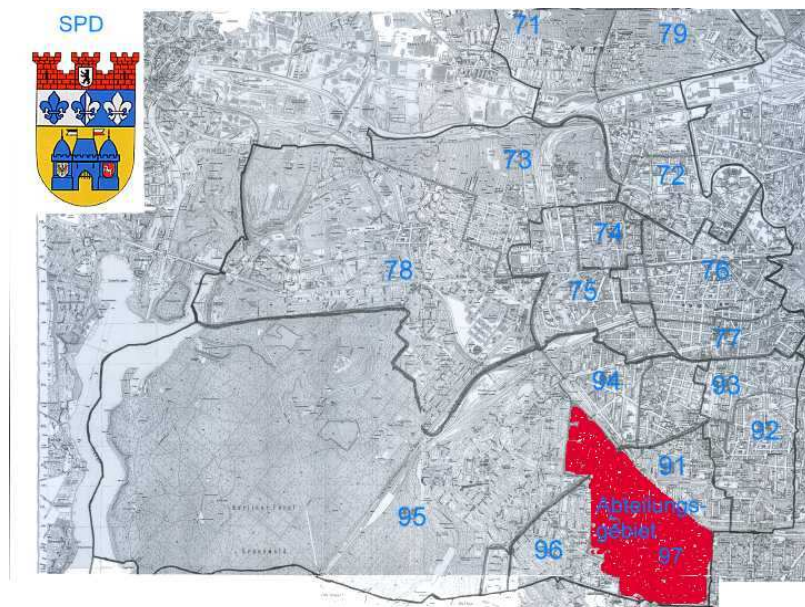


# Der Rote Wilmersdorfer Süden

## INFORMATIONEN FÜR MITGLIEDER



### INHALT:

<b>Auf ein Wort</b>
<b>Bericht von den Mitgliederversammlungen am 10. Juni 2014 und 1. Juli 2014</b>
<b>Kiez-Fest am 14. Juni 2014</b>
<b>Im Porträt</b>
<b>Ein Diskussionsbeitrag von Hans-Georg Lange</b>
<b>Termine und Impressum</b>

## Auf ein Wort

### **Liebe Genossinnen und Genossen,**

hinter uns liegt ein ereignisreiches erstes Halbjahr 2014. Zentrale Themen waren dabei nicht nur für unsere Abteilung die Europawahlen sowie die Abstimmungen zum Tempelhofer Feld und zur Kleingartenkolonie Oeynhausen, die ja in unserem Abteilungsgebiet liegt. Außerdem haben wir im Mai einen neuen/alten Landesvorstand gewählt, in dem unser Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf auch wieder stärker vertreten ist. Erfreulich waren die Ergebnisse der Europawahl in Berlin sowie in unserem Kreis und in unserem Abteilungsbereich. Die SPD hat in Charlottenburg-Wilmersdorf insgesamt um 8 % zugelegt und ist damit unangefochten wieder stärkste Partei. Auch in unserem Abteilungsbereich hat es diese positive Entwicklung gegeben. In den 4 Stimmbezirken lag bei den letzten Europawahlen die SPD jeweils an dritter Stelle, während die CDU in 3 Stimmbezirken und die Grünen in einem Stimmbezirk an erster Stelle lagen. Bei diesen Wahlen lag die SPD in allen 4 Stimmbezirken an erster Stelle. Dies ist ein schöner Erfolg, stellt aber auch eine Herausforderung für die kommenden Abgeordnetenhauswahlen im Jahr 2016 dar. Wir werden von unserer Abteilung heraus dafür engagiert kämpfen, wieder den Wahlkreis für die SPD zu gewinnen.

Nicht so erfolgreich ist die Abstimmung zum Tempelhofer Feld verlaufen. Mit dieser Totalablehnung einer Randbebauung auf dem Feld ist eine hervorragende Chance vergeben worden, die angespannte Situation auf dem Berliner Wohnungsmarkt zu entlasten. Auch der Bürgerentscheid zur Kolonie Oeynhausen macht das Leben nicht einfacher und trägt nicht zu einer Entlastung auf dem Wohnungsmarkt bei. Über die aktuelle Situation informierte uns unser Fraktionsvorsitzender in der BVV Charlottenburg-Wilmersdorf in der Mitgliederversammlung am 1. Juli 2014, über die in diesem RWS informiert wird.

Ebenso informieren wir über unser Kiez-Fest am 14. Juni 2014 auf dem Rüdeshheimer Platz und eine sehr gute Mitgliederversammlung mit Frank Zimmermann über Fragen der Inneren Sicherheit in Berlin am 10. Juni 2014. Erstmals haben wir auch einen sehr interessanten Diskussionsbeitrag von Hans-Georg Lange in unserem RWS aufgenommen und ich ermuntere alle Genossinnen und Genossen, sich ebenfalls mit Diskussionsbeiträgen nicht nur in unseren interessanten Mitgliederversammlungen sondern durchaus auch im RWS aktiv am Parteiabteilungsleben zu beteiligen. Ich bin sehr an Eurer Meinung und Erfahrung interessiert, wollen wir doch als aktive Abteilung nicht nur die innerparteiliche Diskussion fördern und stärken, sondern auch die Themen aufgreifen, die die Bürgerinnen und Bürger in unserem Kiez interessieren.

In diesem Sinne wünsche ich Euch eine schöne Sommerzeit.

Euer  
Florian Dörstelmann

## **Bericht von den Mitgliederversammlungen am 10. Juni 2014 und 1. Juli 2014**

### **Die Innenpolitik auf der Berliner Landesebene“ – Referent: Frank Zimmermann, MdA – 10. Juni 2014 -**

Frank Zimmermann spannte als innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses in seinem Referat einen großen Bogen über die Berliner Innen- und Sicherheitspolitik und legte dabei seine Schwerpunkte auf die Aktivitäten der SPD-Fraktion zu diesem Thema. Außerdem verwies er auf die Beschlüsse der SPD-Fraktion zur Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Berlin.

Eingangs verdeutlichte Frank Zimmermann die Problematik, die sich aus dem objektiven und subjektiven Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger ergeben, das ganz wesentlich auch durch die veröffentlichte Meinung geprägt wird. Dabei zeigt sich besonders das Problem der Diskrepanz zwischen den Fakten und der Wahrnehmung von Fakten. So hat mal ein Kriminologe folgende Aussage dazu getätigt: „Kaufen Sie sich eine andere Zeitung und Sie erhalten eine andere Sicht auf die Dinge“. Ein Problem erwächst für die SPD auch daraus, dass mit dem CDU-Innensenator die vermeintliche Kernkompetenz der CDU „Innere Sicherheit“ abgedeckt werden kann und sich die CDU als Law-and-Order-Partei präsentiert. Dabei will die CDU deutlich machen, dass sie jetzt für die Sicherheit sorgt und eine hohe Durchsetzungsfähigkeit in Sicherheitsfragen hat. Tatsächlich ist es so, dass in der Berliner Sicherheitspolitik nicht nur auf die herausragenden Leistungen des früheren SPD-Innensenators Ehrhardt Körting gesetzt werden kann, sondern wesentliche Initiativen zur Sicherheitspolitik von der SPD-Fraktion angestoßen werden. Dabei geht es insbesondere auch um die Balance zwischen der Wahrung von Individualrechten und der Durchsetzung von polizeilichen Maßnahmen.

Ehe Frank Zimmermann auf die einzelnen Aktivitäten der SPD-Fraktion einging, zeigte er auf, dass zwischen „Safety“, d.h. Sicherheit des Systems und „Security“, d.h. Sicherheit vor Systemen zu unterscheiden ist und gab dann einen großen Überblick über die aktuelle Kriminalitätsentwicklung im Allgemeinen und speziell in Berlin.

Im vergangenen Jahr hat es in Berlin insgesamt 106 Fälle von Mord und Totschlag gegeben, von denen 43 vollendet wurden. Dabei hat es eine Aufklärungsquote von 90% gegeben. In der Betrachtung der Kriminalitätsstatistik über 10 Jahre ist festzustellen, dass es einen drastischen Rückgang beim Straßenraub in Berlin gibt, ebenso bei der Jugendgewalt. Gleichwohl ist keine Entwarnung zu geben, da die Rücksichtslosigkeit und die Verrohung deutlich zugenommen haben. Hier forderte Frank Zimmermann, die Polizei nicht alleine zu lassen, sondern durch gesellschaftliche Maßnahmen zu unterstützen. Außerdem forderte er, bei der Prävention den Blick auf die Opfer und nicht auf die Täter zu richten. Dabei geht es darum, Tatgelegenheiten durch geeignete Maßnahmen zu minimieren bzw. ganz zu verhindern, z.B. auch im städtebaulichen Bereich. Auch bei der Gefahrenabwehr steht die vorbeugende Verbrechensbekämpfung Mitteln im Vordergrund.

Bei den vorgestellten Maßnahmen, Aktivitäten und Initiativen der SPD-Fraktion handelt es sich u.a. um die folgenden Punkte:

- Konkrete Maßnahmen gegen Gewaltkriminalität durch die Nazi-Szene, Hooligans und die Türsteherszene (Rocker, organisierte Kriminalität).
- Intensivtäterprogramm
- Schwellentäterprogramm
- Vernetzung der Polizei mit anderen Behörden

- Ausweitung des Neuköllner Modells durch Verkürzung der Verfahren bei jugendlichen Straftätern
- Ausbau des Jugendarrest und
- Dialog zwischen den Religionen.

Weitere aktuelle Themen sind:

- Reformierung des Polizeigesetzes (ASOG)
  - Umsetzung der Rechtsprechung zum Kfz-Scanning
  - Verlängerung des Unterbringungsgewahrsams
  - Austausch mit anderen Ländern bei grenzüberschreitender Kriminalität
- Verfolgung Organisierter Kriminalität (hier muss der Bund Regelungen treffen)
- Verschärfung der Verfolgung von Wirtschaftskriminalität
- Konsequenzen aus der NSU-Terrorserie ziehen und klare Regelungen für die Betreuung von V-Leuten schaffen
- Sensibilität für Rechtsextremismus schärfen
- Flüchtlingspolitik. Hier müssen europäische Regelungen gefunden werden, die eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge in Europa ermöglichen. Dabei geht es um einen angemessenen Verteilungsschlüssel und um einen finanziellen Lastenausgleich. Europa muss sich als Einwanderungskontinent verstehen und Einwanderungskriterien entwickeln.

Ausdrücklich lobte Frank Zimmermann die Entwicklung der Berliner Polizei seit 2001 zu einer modernen Großstadtpolizei und stellt das besondere Engagement der Polizeibeamtinnen und -beamten auch bei der Bewältigung von Großlagen dar. Zugleich wies er auf die Probleme hin, die sich aus der Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung ergeben haben. So muss nicht nur bei der Polizei sondern im gesamten öffentlichen Dienst des Landes Berlin die Funktionsfähigkeit erhalten werden. Deshalb ist jetzt erkennbar, dass die Zielzahl von 100.000 Beschäftigten bis 2016 nicht zu halten ist, sondern moderat erhöht werden muss. Dabei gilt es, die offenkundigen Engpässe zu beseitigen und insbesondere bei der Nachwuchsgewinnung umzusteuern.

In der anschließenden Diskussion wurden die folgenden Themen angesprochen:

- Flüchtlings- und Asylpolitik und ihre Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik
- Verhältnis Bezirke/Hauptverwaltung in Fragen des Umgangs mit Flüchtlingen (Beispiele: Oranienplatz und Breitscheidplatz)
- Jugendgerichtshilfe
- Verhältnis Polizei-Justiz
- Zunahme von Verkehrsdelikten
- Stellen- und Besoldungsproblematik bei der Polizei und
- Auskömmliche Finanzierung der Polizei.

Außerdem wurde beklagt, dass die SPD in dieser Wahlperiode sowohl das Innen- als auch das Justizressort der CDU überlassen hat und die CDU damit in der Öffentlichkeit punkten kann.

### **Aktuelles aus der Bezirksverordnetenversammlung – Referent: Holger Wuttig – 1. Juli 2014**

Der Vorsitzende der SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf Holger Wuttig beschrieb in seinem Beitrag die aktuelle Situation im Bezirk und ging dabei schwerpunktmäßig auf die folgenden Punkte ein:

- Zwischenstand zur Kolonie Oeynhausen
- Zusammenarbeit mit den Grünen im Bezirk
- Umzug Rathaus Wilmersdorf
- ICC

- Situation am Olivaer Platz und
- Rüdesheimer Platz und Breitenbachplatz.

Das Thema Oeynhausen beschäftigt zur Zeit zu 80 bis 85 % die Fraktion und das bedeutet, dass andere wichtige kommunalpolitische Themen in der Arbeit zwangsläufig zu kurz kommen müssen. Dabei sind es insgesamt nur 30 bis 40 Bürgerinnen und Bürger, die das Thema „befeuern“. Auch die 77%ige Zustimmung der abgegebenen Stimmen relativiert sich, da es tatsächlich nur 1/3 aller im Bezirk wohnenden Wahlberechtigten sind, die sich für den Erhalt der Kolonie ausgesprochen haben. Dennoch werden das Bezirksamt und die BVV das Ergebnis des Bürgerentscheides respektieren, zumal auch Parteitagsbeschlüsse der SPD und das Programm der Zählgemeinschaft mit den Grünen den Erhalt der Kleingärten vorsehen. Allerdings ergibt sich für den von der möglichen Bebauung betroffenen Teil der Kleingartenkolonie Oeynhausen (nur ca. 5 bis 10 % der gesamten Kleingartenanlage) eine rechtliche Problematik mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für den Bezirk, die eine Umsetzung des Bürgerentscheides erschweren bzw. verunmöglichen. Während CDU und Grüne populistische und zum Teil verantwortungslose Forderungen stellen, bemühen sich insbesondere die sozialdemokratischen Bezirksamtsmitglieder Reinhard Naumann und Marc Schulte sowie die SPD-Fraktion darum, rechtlich abgesicherte und umsetzbare Lösungen zu finden. Dies ist allein schon deshalb schwierig, weil sich einerseits das Land nicht in der Verantwortung sieht und andererseits für das Gelände Baufreiheit besteht. Deshalb ist die von der CDU und den Grünen favorisierte Veränderungssperre und den gegebenen Umständen wohl rechtlich nicht umsetzbar. Hierzu wird es in der Sitzung der BVV am 3. Juli 2014 entsprechende Anträge geben.

Als bemerkenswert beschrieb Holger Wuttig den Umgangsstil einiger Kleingärtner, die mit Strafanzeigen gegen Marc Schulte, aber auch einen Verwaltungsbeamten sowie einer Dienstaufsichtsbeschwerde gegen Reinhard Naumann agieren. Bemerkenswert ist auch, dass wohl einige betroffene Kleingärtner zwischenzeitlich mit dem potenziellen Bauherrn über Ablösesummen verhandeln sollen.

Insgesamt handelt es sich bei der Problematik Oeynhausen um einen „Nachlass“ des ehemaligen CDU-Baustadtrates Klaus-Dieter Gröhler. Andererseits ist auch problematisch, dass die betroffenen Kleingärtner nicht das Angebot zu einem äußerst preisgünstigen Kauf angenommen haben. Außerdem ist gegenwärtig erkennbar, dass es nun schon Nachahmer im Bezirk gibt. So hat zwischenzeitlich die Kolonie Mannheim in der Wiesbadener Straße den Antrag gestellt, auf deren Gelände die Bebauung von Einfamilienhäusern zuzulassen. Bemerkenswerter Weise wird dieser Antrag von der CDU unterstützt, obwohl sie in der Kolonie Oeynhausen gegen eine Bebauung ist.

Die Zusammenarbeit mit den Grünen gestaltet sich nach Aussage von Holger Wuttig gegenwärtig sehr schwierig, obwohl die SPD nahezu 95 % ihrer Anträge durchgebracht hat. Gerade im Zusammenhang mit Oeynhausen „flirten“ die Grünen mit der CDU und kämpfen dabei um die populistische Deutungshoheit.

Auch das Chaos um den Umzug des Rathauses Wilmersdorf in andere Dienstgebäude des Bezirks ist eine Hinterlassenschaft des ehemaligen CDU-Stadtrates Gröhler, zumal seine ebenfalls aus der CDU kommende Nachfolgerin jetzt erkennen muss, dass es dabei deutliche Fehlplanungen gibt, die sowohl zu Kostensteigerungen als auch zu Raumproblemen insgesamt führen. Auch im Zusammenhang mit der Unterbringung der Musikschule und der Bibliothek gibt es erhebliche Probleme, die bisher von der zuständigen Bildungsstadträtin Elfi Jantzen - Grüne – nicht gelöst werden konnten. Unabhängig davon muss das Rathaus Wilmersdorf bis zum Ende des Jahres 2014 freigezogen werden.

Beim ICC spricht sich die SPD-Fraktion gegen eine Nachnutzung als Shopping-Center aus, sondern fordert eine weitere Nutzung als Messe- und Kongresszentrum und hat einen Antrag in die BVV eingebracht, das ICC unter Denkmalschutz stellen zu sollen. Diesen Antrag

werden wohl die übrigen Fraktionen unterstützen. Auch hat Holger Wuttig noch einmal verdeutlicht, dass der City-Cube einen Ersatz für die Deutschlandhalle und nicht für das ICC darstellt.

Am Olivaer Platz gibt es aktuellen Streit über die Gestaltung des Platzes und den Erhalt von Parkplätzen. Während die Gewerbetreibenden den Erhalt der Parkplätze fordern, sprechen sich die Anwohnerinnen und Anwohner ebenso wie die SPD-Fraktion wohl dagegen aus. Gegenwärtig läuft dazu das öffentliche Bebauungsplanverfahren.

Zum Weinbrunnen am Rüdesheimer Platz soll es noch im Monat Juli 2014 eine Entscheidung des Gerichtes geben, auf die das Bezirksamt dann entsprechend reagieren wird.

Über eine mögliche und schon beantragte Tempo 30-Zone in der Laubacher Straße, Maßmannstraße und Lepsiusstraße soll ebenso wie über die Neugestaltung „Rund um den Breitenbachplatz“ am 3. November 2014 mit der SPD-Fraktion der BVV Steglitz-Zehlendorf gesprochen werden.

## **Kiez-Fest am 14. Juni 2014**

Obwohl das Wetter sehr wechselhaft war, sind am 14. Juni 2014 wieder zahlreiche interessierte Bürgerinnen und Bürger zum 10. Kiez-Fest der SPD Abteilung Wilmersdorf-Süd gekommen, um sich über die Arbeit und Ziele der verschiedenen SPD Gruppierungen zu informieren. Selbstverständlich standen auch unsere Wilmersdorfer Mitglieder des Abgeordnetenhauses und Vertreterinnen und Vertreter der BVV-Fraktion zu Fragen zur Verfügung. Erstmals informierten das Kleine Theater am Südwestkorso und das Jaro-Theater über ihre Angebote. Das AWO-Jugendwerk bot mit der Hüpfburg und dem Kinderschminken wieder etwas für die kleinen Gäste. Für das Rahmenprogramm sorgte nun schon zum achten Mal die Schulband der Paul-Natorp-Oberschule, die mit beschwingten Melodien die Anwesenden begeisterte.

Unter der bewährten Moderation unseres Abteilungsvorsitzenden Florian Dörstelmann äußerten sich der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses Ralf Wieland, unser SPD Landesvorsitzender Dr. Jans Stöß, der Staatssekretär der Stadtentwicklungsverwaltung und Kreisvorsitzende der SPD Charlottenburg-Wilmersdorf Christian Gaebler, unser Bezirksbürgermeister Reinhard Naumann, unser Baustadtrat Marc Schulte sowie die Abgeordneten unseres Kreises Ülker Radziwill, Franziska Becker und Frank Jahnke zu aktuellen politischen Themen.

Für *Ralf Wieland* ist das Ergebnis der Europawahlen eine Stärkung des Europäischen Parlaments. Deshalb warnte er davor, die Konflikte um die Wahl des Kommissionspräsidenten auszuweiten, da bei diesen Europawahlen ausdrücklich europäische Spitzenkandidaten angetreten sind und bei einer Nichtberücksichtigung eines der Spitzenkandidaten dies zu einem Verdruss bei den Wählerinnen und Wählern führen würde. Erfreulich ist für ihn, dass wegen der hohen Wahlbeteiligung in Deutschland ein Erstarken rechter Parteien verhindert werden konnte. Dennoch findet er es empörend, dass wegen des Wegfalls der Sperrklausel bei der Europawahl durch eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die NPD-Liste ein ausgewiesener Nazi aus Berlin Europa vertreten kann.

Zu dem aktuellen Thema einer stärkeren Bürgerbeteiligung führte Ralf Wieland aus, dass er hierin Chancen, aber auch deutliche Risiken sehe, da auch aus der Schweiz die Erkenntnis vorliegt, dass zahlreiche sinnvolle Entwicklungen auf lange Sicht blockiert werden. Für eine mögliche Olympiabewerbung Berlins wäre allerdings eine breite vorherige Bürgerbeteiligung erforderlich, um eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung erreichen zu können.

Auch *Dr. Jan Stöß* ging auf das Europawahlergebnis ein und verdeutlichte dabei, dass bei diesen Wahlen die Berliner SPD wieder deutlich stärkste Kraft geworden ist und sich auch in Charlottenburg-Wilmersdorf klar verbessert hat. Dabei lobte er besonders das Engagement unserer Berliner Kandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann und des europäischen Spitzenkandidaten Martin Schulz. Sehr bemerkenswert fand Jan Stöß auch die engagierten Ausführungen des Außenministers Frank-Walter Steinmeier, der anlässlich der Abschlussveranstaltung zur Europawahl auf dem Alexanderplatz, den anwesenden Störern mit einem klaren Bekenntnis zur Friedenspolitik entgegnete.

Ein weiterer Schwerpunkt der Ausführungen von Jan Stöß war das Thema „Berlin-Stadt des Aufstiegs“. Berlin wächst und wird in den nächsten Jahren deutlich mehr Einwohner haben. Dies stellt die Politik und die Verwaltung vor neuen Herausforderungen. Deshalb wird die SPD im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern für 2016 ein Wahlprogramm aufstellen, das diese Herausforderungen aufnimmt und Wege für die Weiterentwicklung der Stadt aufzeigt. Im Vordergrund stehen dabei neben der Errichtung bezahlbaren Wohnraums der Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen mit vernünftiger Bezahlung. In diesem Zusammenhang begrüßte er ausdrücklich die Forderungen zum Mindestlohn. Weitere Herausforderungen liegen nach Auffassung von Jan Stöß sowohl in der Gewährleistung der Bildungsangebote von der Kita über die Schule bis zur Hochschule sowie der Herstellung kindgerechter Freizeitangebote als auch in der Sicherung der sozialen Infrastruktur und der Erweiterung der Verkehrsangebote. Dies kann aber nur mit einer leistungsfähigen öffentlichen Verwaltung geschehen, in der die Mitarbeiterzahlbeschränkung auf 100.000 entsprechend fallen muss. Insbesondere gilt dies auch für die Berliner Polizei, die sich zu einer modernen und weltoffenen Polizei entwickelt. Jan Stöß sieht die Berliner SPD gut aufgestellt und warb für einen weiteren engagierten kritischen Dialog.

*Christian Gaebler* nahm ebenfalls die Stadtentwicklung und die Notwendigkeit des Wohnungsbaus in das Zentrum seiner Ausführungen. Dabei bedauerte er ausdrücklich den Ausgang des Volksentscheids zum Tempelhofer Feld, wies zugleich aber darauf hin, dass dieses Ergebnis natürlich für den Senat bindend sei. Der Senat ist nunmehr gefordert, Alternativen zu finden, die natürlich auch nicht konfliktfrei verlaufen werden, zumal hier Themen wie Stadtverdichtung und Nutzung von Freiflächen im Stadtraum eine zentrale Rolle spielen werden. Aus den Erfahrungen mit Tempelhof wird der Senat jedoch mit ergebnisoffenen Planungen Diskussionen mit der Stadtgesellschaft führen und eine frühere und intensivere Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger vorsehen.

Ein weiteres Thema der Ausführungen von Christian Gaebler war der Umgang mit öffentlichem Eigentum. Stark befürwortete er daher die begonnene Rekommunalisierung der Gesellschaften der öffentlichen Daseinsvorsorge. Als positives Beispiel führte er die Wasserbetriebe und die Gründung des Stadtwerkes an und wies zugleich auf die aktuelle Entwicklungen zu den Energieversorgungsnetzen Gas und Strom hin, bei denen das Land Berlin beabsichtigt, künftig wieder über seine Betriebe die Verantwortung übernehmen zu wollen. Christian Gaebler bekannte sich dabei ausdrücklich zu den starken Berliner öffentlichen Anstalten und Betrieben.

Abschließend beschrieb er die Bedeutung von Olympischen Spielen für die Weiterentwicklung der Infrastruktur einer Stadt, bekräftigte aber auch, dass eine Bewerbung Berlins nur dann vorgenommen werden sollte, wenn sie die Akzeptanz der Bevölkerung der Stadt hat.

Der Bezirksbürgermeister *Reinhard Naumann* lobte die Kreativität und Vielfalt in Charlottenburg-Wilmersdorf und führte dabei ausdrücklich die Willkommenskultur sowohl für die Investoren als aber auch für die Flüchtlinge im Bezirke an. Hier lobte er das besondere Engagement der Zivilgesellschaft. Mit den Investoren und der Wirtschaft führt der Bezirk



einen regelmäßigen und intensiven Dialog. So ist es auch nicht verwunderlich, dass der am gleichen Tag durchgeführte 150. Stadtpaziergang mit dem Bürgermeister zu BMW führte.

Bau- und Ordnungsstadtrat *Marc Schulte* wurde auf dem Fest unmittelbar mit den aktuellen Themen rund um den Rüdeshheimer Platz konfrontiert. Da 2 bis 3 Anwohner gegen den beliebten Weinbrunnen auf dem Platz Klage eingereicht haben, gibt es sehr zum Ärger der zahlreichen Gäste aus ganz Berlin in diesem Jahr deutliche Beschränkungen beim Ausschank am Weinbrunnen. Hiergegen hat nicht nur die SPD Abteilung Wilmersdorf Süd mit einer Unterschriftenaktion protestiert, sondern eine Gewerbetreibende vom Platz hat Marc Schulte eine Unterschriftenliste mit 2.800 Unterschriften von Anwohnern am Platz überreicht, die sich alle für ein uneingeschränktes Fortbestehen des Weinbrunnens einsetzen und hoffen, dass das Gericht dies auch bei seiner Entscheidung berücksichtigt.

Weiter ging Marc Schulte auf das Engagements des Bezirks bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein und wies aber auch auf die Problematik der sich häufig widerstreitenden Interessen hin.

*Ulker Radziwill, Franziska Becker* und *Frank Jahnke* nahmen zu Schwerpunkten ihrer parlamentarischen Arbeit Stellung und lobten die neu geschaffene Möglichkeit der Einrichtung von Bürgerbüros, die eine verstärkte und intensivere Kontaktaufnahme zu den Bürgerinnen und Bürgern erlauben. Für Franziska Becker mit dem inhaltlichen Schwerpunkt berufliche Bildung ist der Aufbau der Jugendarbeitsagentur bedeutsam, die als bezirkliche Anlaufstelle als Vermittlungsangebote für Jugendliche und Auszubildende dienen soll. Frank Jahnke betonte als Wirtschaftspolitiker noch einmal die Bedeutung der Gründung des Stadtwerkes für Berlin und *Ulker Radziwill* stellte als Sozialpolitikerin den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern in das Zentrum ihrer Ausführungen.

Dies Diskussionen auf der Bühne und an den Ständen der SPD Gruppierungen haben das hohe Interesse der Besucherinnen und Besuchern an politischen Themen gezeigt und sind Anspruch und Herausforderung für das 11. Kiez-Fest im Jahr 2015.

## Im Porträt

**In dieser Rubrik stellen wir unter dem Motto: “Gesicht zeigen“ aktive Genossinnen und Genossen unserer Abteilung vor.**

**In dieser Ausgabe stellen wir unseren langjährigen Abteilungsrevisor Hans-Georg Lange vor.**

Hans-Georg Lange wurde 1931 in Berlin-Charlottenburg geboren, hat allerdings bedingt durch Kriegsereignisse und die Versetzung seines Vaters, der im Personalwesen der Reichsbahn tätig war, wie viele junge Menschen seiner Generation zahlreiche Schulstationen in Deutschland und im heutigen Polen durchlaufen, ehe er 1949 in Essen sein Abitur machen konnte. In der Tradition seiner Eltern, sein Vater war Jurist und Diplom-Kaufmann, seine Mutter Juristin und Rechtsanwältin, studierte Hans-Georg Lange ebenfalls Jura in Marburg und Bonn.

Nach dem 2. Juristischen Staatsexamen am Landesjustizprüfungsamt Düsseldorf trat Hans-Georg Lange 1957 in die „allgemeine und innere Verwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen“ als Regierungsrat z.A. ein und begann eine eindrucksvolle Karriere, die ihn über verschiedene Stationen im Bereich Landesplanung und Wohnungsbau in die Staatskanzlei Nordrhein-Westfalens führte. In diese Zeit von 1962 bis 1963 fällt auch seine Entsendung an



die Fakultät für Verwaltungswissenschaften der Harvard Universität, heute Kennedy School of Government.

1968 wurde Hans-Georg Lange in die Geschäftsleitung des Deutschen Städtetages als Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau, Wohnungswesen (später auch Umwelt) gewählt und war aus dieser Funktion heraus in vielen kommunalen Gremien vertreten. „Besonders spannend und interessant war dabei für mich die Zeit der deutschen Vereinigung, in der ich u.a. am Einigungsvertrag zu den Regelungen zum Kommunalvermögen sowie an der Bildung Kommunalen Spitzenverbände in der ehemaligen DDR mitwirken durfte“, erinnert sich Hans-Georg Lange. Folgerichtig trat er 1993 als Direktor Kommunalvermögen und Wasserwirtschaft in die Treuhandanstalt ein und baute 1995 ein Kommunalreferat im Ostdeutschen Sparkassenverband auf. 2006 endete seine hauptberufliche Tätigkeit. Bemerkenswert sind auch die internationalen Tätigkeiten und das europapolitische Engagement, aus denen hier nur seine Mitgliedschaften in der deutschen Delegation 1976 zur UN HABITAT (Konferenz zur Stadtentwicklung in Vancouver) und 1992 zur UN Umweltkonferenz in Rio de Janeiro erwähnt werden sollen.

„In die SPD bin ich 1969 unter dem Eindruck des hautnah erlebten Kampfes der SPD um einen sozialverträglichen, aber auch gesamtwirtschaftlich sinnvollen Strukturwandel an der Ruhr, aber auch beeindruckt von Jochen Vogel als Oberbürgermeister eingetreten“, beschreibt Hans-Georg Lange seine Motivation SPD Mitglied zu werden. In der SPD war er sofort aktiv und hat innerhalb der Partei zahlreiche Funktionen auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene wahrgenommen. Außerdem war er von 1975 bis 1984 und von 1989 bis 1993 Mitglied des Rates der Stadt Köln, zeitweise im Fraktionsvorstand. 1978 hat er an der Gründung der Bundes SGK in Kassel mitgewirkt. In diese Zeit fällt auch eine enge Zusammenarbeit mit Franz Müntefering bei verschiedenen Novellen der Städtebaugesetzgebung.

Auch heute ist Hans-Georg Lange, der verwitwet und Vater von 3 Kindern und stolzer Opa ist, noch in der SPD aktiv. In unserer Abteilung ist er seit Jahren Revisor und Kreisdelegierter und auf Landesebene arbeitet er in den Fachausschüssen Mobilität, Europa und Wirtschaft mit. Darüber hinaus ist er noch in verschiedenen weiteren Gremien der SPD aber auch darüber hinaus aktiv.

„Ich wünsche mir, dass die SPD in Berlin weiterhin die bestimmende Kraft bleibt und auch im Bund wieder stärkste Kraft wird, um insbesondere auch die Interessen der gesamten Bevölkerung besser vertreten zu können. Deshalb hoffe ich, dass wir bei den nächsten Abgeordnetenhauswahlen wieder unseren Wahlkreis zurückgewinnen und auch in 4 Jahren wieder Charlottenburg-Wilmersdorf im Bundestag vertreten sein wird. Das Europawahlergebnis in Berlin und auch im Kreis lässt da hoffen“, drückt Hans-Georg Lange seine Wünsche aus.

Abschließend beschreibt Hans-Georg Lange, der für seine zahlreichen Aktivitäten und sein großes Engagement 1996 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet wurde, einige Dinge, die ihm in seiner Tätigkeit besonders wichtig waren und benennt da sein Jahr in Harvard während der Kuba-Krise, in dem er Kennedy und als Professor in Harvard Kissinger erleben durfte. Beeindruckend war für ihn in Harvard auch die Teilnahme an einem Lunch mit Willy Brandt und Egon Bahr, auf die er kürzlich in einem Gespräch mit Egon Bahr erinnernd Bezug nehmen konnte. Außerdem waren für ihn die Zusammenarbeit mit Jochen Vogel und Franz Müntefering ebenso bedeutsam wie die beeindruckenden Kontakte mit Karl Schiller, Walter Ahrendt und Heinz Oskar Vetter im Rahmen des Entscheidungsprozesses zur Überführung des Ruhr Bergbaus in die RAG und danach mit den führenden Kommunalpolitikern der Partei. Diese Dinge ließen sich noch fortführen und insbesondere um Erlebnisse während des Einigungsprozesses ergänzen.

Mit Hans-Georg Lange haben wir ein Mitglied in unserer Abteilung, das durch seine Präsenz und seine durch lange politische Erfahrungen und hohe Fachkompetenz geprägten Diskussionsbeiträge die Inhalte der Mitgliederversammlungen bereichert.

## Tempelhofer Lee(h)ren - Vom Grundgesetz und der Parlamentarischen Demokratie Ein Diskussionsbeitrag von Hans-Georg Lange

Das Tempelhofer Feld bleibt eine leere und öde Flughafenbetriebsfläche und niemand darf etwas entwickeln. So hat das Volk entschieden. Das Volk? Nein, nur 29,7% davon, also gut jeder Vierte hat so beschlossen, die anderen haben NEIN oder NICHTS gesagt. Aber Gesetz ist Gesetz, also das ist jetzt Gesetz. Im Berliner Abgeordnetenhaus wären für dieses selbe Gesetz immerhin mehr als 50% der Abstimmenden nötig gewesen. Viele finden „Direkte Demokratie“ viel besser als eine parlamentarische, und wenn diese nur funktioniert mit einem „Quorum“ aus einer Minderheit des Volkes, weil niemand das ganze Volk dauernd an die Urne bekäme, dann soll es so sein.

Der Tempelhofentscheid hat manche nachdenklich werden lassen: Wenn nun das entscheidende (Viertel-)Volk vielleicht nicht alle Gesichtspunkte einbezogen hätte, z.B

- die Lage des Feldes in der Innenstadt,
- die Nähe zu Arbeits- und Ausbildungsstätten,
- den wachsenden Wohnungsbedarf,
- den in Berlin schon bestehenden für eine Stadt ungewöhnlich hohen Anteil von Grün- und Freiräumen,
- auch den Vorteil der Eigentümerschaft Berlins
- die Kostenseite.

Hat sich jeder Volksentscheider mit diesen Fragen wirklich so auseinander gesetzt, wie wir das etwa von unseren gewählten Volksvertretern selbstverständlich erwarten? Wir wissen es nicht.

Aber gut, sich vor Augen zu führen, was die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes bewogen hat, uns die **Parlamentarische Repräsentative Demokratie** zu beschenken. Sie haben dort nämlich in Artikel 28 festgelegt:

**„In den Ländern, Kreisen und Gemeinden muss das Volk eine Vertretung haben, die aus allgemeinen, unmittelbaren, gleichen und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.“**

Das war 1948. Warum heute noch diese Volksvertretung statt alltäglicher Volksentscheide? Technisch wären diese mit den Neuen Medien und den Sozialen Netzwerken durchaus machbar.

Dennoch, ich meine: Wir sollten das System des Grundgesetzes nicht abwerten und zurückfahren sondern Fehlentwicklungen angehen und Vorzüge darstellen. Wir, das sind wir alle, in Sonderheit aber Politik und Medien.

Wir haben es zugelassen, dass heute ganz selbstverständlich unterschieden wird zwischen „der Politik“ oder den „Politikern“ und den Bürgern, wobei erstere eher wahlweise als dumm oder nur am eigenen Vorteil interessiert gelten. Dabei wird häufig übersehen und nicht mehr akzeptiert, dass die Mandatsträger vom Volk auf Zeit gewählt werden und in dieser Zeit als Vermittler zwischen den Einzelbelangen und dem Gemeinwohl fungieren.

Die Verantwortung dafür liegt nicht beim „Bürger“ sondern eher bei der „Politik“. Von dort müssen daher Reformen ausgehen. Die Einrichtung von Abgeordnetenbüros in den Kiezen ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

**Wo liegen Vorzug und Chance der parlamentarischen Entscheidungsfindung ?**

1. **Im Parlament treffen unterschiedliche Werthaltungen, Denkweisen, Erfahrungshintergründe und Interessen bei nach Alter, Gender, Beruf und Ausbildung verschiedenen Menschen zusammen. Trotz Parteiprogrammen und Mehrheitsverhältnissen müssen sie anhören und verarbeiten, was andere denken. Das hilft oft unbewusst.**

2. Die parlamentarische Arbeitsteilung in Ausschüssen und Arbeitskreisen führt zu vertieftem Eindringen in Problemlagen. Einseitigkeit wird vermieden, weil eine Auseinandersetzung mit anderen Bereichen zwingend notwendig ist (der Umweltpolitiker muss sich mit dem Finanzler, dem Stadtentwickler, dem Wirtschaftsförderer usw. verständigen).
3. Der Beitrag der Verwaltung im parlamentarischen Prozess hilft langfristig begründete Sachkunde und Erfahrung in die politische Abwägung einzubringen. Nachhaltigkeit in der Lösungsfindung und Unabhängigkeit von privaten Interessen sollten/müssen von dort erwartet werden.
4. Sachwissen von außen kann in die parlamentarische Entscheidungsfindung unter Offenlegung von Interessen eingehen. Betroffene und Interessierte können ihre Gesichtspunkt schriftlich oder in Anhörungen einbringen.
5. Der parlamentarische Prozess ist zwangsläufig öffentlich und erlaubt in bester Weise die Darstellung unterschiedlicher Vorstellungen.

Die Entscheidung in der Volksvertretung bedeutet keine Schmälerung der Beteiligung von Betroffenen und sonst Interessierten. Überwunden werden muss allerdings das zuweilen anzutreffende Denkmuster von Verwaltungsmeinung/Bürgermeinung/Politikermeinung als prinzipiell gleich wichtige Beiträge. Bürgerbeteiligung richtet sich immer an den Entscheidungsträger. Vielleicht sollten die parlamentarischen Gremien die Durchführung der Bürgerbeteiligung, insbesondere in Planungsverfahren stärker in ihre Verantwortung nehmen.

**Notwendig ist eine neue Diskussion über die Rolle der Parlamente und die künftige Stellung der direkten Demokratie.** Niemand sollte jetzt an Gesetzesänderungen denken. Aber Lehren zu ziehen wäre nicht schlecht.

### Termine der Abteilung

Im 2. Halbjahr sind die folgenden Termine vorgesehen:

- 30. August 2014, 8.00 Uhr und 10.00 Uhr, Einschulaktion
- 30. August 2014, 17.00 Uhr, Veranstaltung zum Beginn des 1. Weltkrieges im Jaro-Theater (Raum muss noch bestätigt werden)
- 02. September 2014, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung (vorgesehenes Thema: Mindestlohn und das Verhältnis zu den Gewerkschaften – Referent: Rolf Wiegand)
- 16. September 2014, 19.30 Uhr, Jour Fixe
- 07. Oktober 2014, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung
- 21. Oktober 2014, 19.30 Uhr, Jour Fixe
- 04. November 2014, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung
- 18. November 2014, 19.30 Uhr, Jour Fixe
- 09. Dezember 2014, 19.00 Uhr Weihnachtsfeier

Die Themen der Mitgliederversammlungen im Oktober und November 2014 werden rechtzeitig bekannt gegeben.

### Impressum:

SPD Landesverband Berlin  
Kreis Charlottenburg-Wilmersdorf  
Abteilung 97  
[www.spd-wilmersdorf-süd.de](http://www.spd-wilmersdorf-süd.de)

Redaktion:  
Florian Dörstelmann (V.i.S.d.L.P.)  
Udo Rienaß

